

Guten Tag Herr Neumann,

nachfolgend unsere Stellungnahme zu Ihrem Schreiben vom 30. Januar. Ich bitte die etwas verspätete Rückmeldung zu entschuldigen, da ich die letzten 2 1/2 Wochen im Urlaub war.

Sehr geehrter Herr Neumann,

danke für Ihre Nachricht zu den Abstimmungen in der vergangenen Woche. Gerne gehe ich auf Ihre Fragen ein, um Ihnen die Beweggründe der FDP-Fraktion und meine eigenen Überzeugungen darzulegen.

Vorab: Die FDP sucht keine Zusammenarbeit mit der AfD und hat diese auch nicht gesucht. Für uns ist klar, dass es diese auch in Zukunft nicht geben wird. Die AfD steht für ein rückschrittliches Staats- und Menschenbild, das sich mit unserer Vorstellung einer liberalen Demokratie und der freien Entfaltung aller Bürgerinnen und Bürger nicht vereinen lässt.

Die schrecklichen Anschläge der letzten Wochen zeigen, dass wir in der Migrationspolitik einige Defizite haben - insbesondere bei der Vollziehung von Abschiebungen. Hier bedarf es vornehmlich eine Erweiterung der Kompetenzen der Bundespolizei sowie der Möglichkeiten der Abschiebehaft. Um diesem drängenden Thema der Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden, war eine Verschärfung der aktuellen Rechtslage notwendig. Überließe man dieses Thema alleinig der AfD, würde sie nur weiteren Zulauf erhalten. Das kann nicht im Interesse von Demokraten sein. Die CDU drängte ebenfalls auf die Verschärfung, allerdings sahen SPD und Grüne keine Notwendigkeit einen Antrag hierzu vorzulegen. So gestaltete sich die Ausgangslage in der vergangenen Woche.

Es ging uns als FDP zu jeder Zeit um die Sachpolitik. Deswegen gingen unser Fraktionsvorsitzender Christian Dürr und der Parteichef Christian Lindner noch am Freitagmittag auf die Spitzen von SPD und Grüne zu, um eine Lösung aus der Mitte zu finden. Wir wären in diesem Zuge auch dazu bereit gewesen, das betreffende Gesetz („Zustrombegrenzungsgesetz“) in den Innenausschuss zurückzuüberweisen, damit gemeinsam mit SPD und Grünen sowie der Union eine Mehrheit aus der demokratischen Mitte gefunden werden kann. Leider waren rotgrün dafür nicht zu gewinnen und zeigten keine Bereitschaft dem Gesetz zuzustimmen.

Dass Abgeordnete der FDP für ein Gesetz stimmen, welchem ebenfalls Abgeordnete der AfD zustimmen, ist nichts, was uns Freude bereitet. Doch bin ich davon überzeugt: Das inhaltliche Richtige wird nicht dadurch falsch, dass der Falsche es ebenfalls richtig findet. Wir dürfen der AfD keine Blockademacht in der Sachpolitik einräumen. Übrigens: Am selben Tag haben im Bundestag Rot und Grün bei einem Gesetzesvorhaben bei der Vergütung von Rechtsanwältinnen mit der AfD zusammen „Ja“ gestimmt. Ich kritisiere das nicht, denn offensichtlich hatte die AfD zufällig die gleiche Meinung wie die Grünen und die SPD.

Ich bin überzeugt: Mit einer ehrlichen Politik können wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen und langfristig demokratische Mehrheiten in der Mitte des Parlaments sicherstellen.

Wir freuen uns, wenn Sie ihrer parteineutralen Linie treu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Burges

FDP-Fraktionsvorsitzender

Alter Hellweg 15

59494 Soest

Peter Schween

FDP-Stadtverbandsvorsitzender

Katzengasse 7

59494 Soest

Michael Burges

FDP-Fraktionsvorsitzender

Alter Hellweg 15

59494 Soest

Handy: 0172 - 445 7 554